

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 38 (1959)
Heft: 1

Artikel: Die Finanzquellen der Bolschewiken
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337101>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

oder heute eher «vor uns der Atomtod» steht, dann gibt es auch keinen sozialistischen Aufbau mehr. So bleibt uns wiederum nur jenes Wort: wir glauben, — hilf unserm Unglauben.

J. W. BRUEGEL

Die Finanzquellen der Bolschewiken

Neue Dokumente werden bekannt

Vor zwei Jahren hat eine Veröffentlichung des Oxforder Dozenten Dr. *Katkov* zum erstenmal einen dokumentarischen Nachweis der oft angenommenen und von *Lenin* energisch abgeleugneten Tatsache geliefert, daß die Bolschewiken vor der Machtergreifung vom wilhelminischen Deutschland mit Geld unterstützt worden waren. Ein volleres, wenn auch bei weitem nicht erschöpfendes Bild der komplizierten Vorgänge, die die deutsche Unterstützung der Russischen Revolution betrafen, erhält man jetzt durch eine umfassende Veröffentlichung von bisher meist unbekanntem Dokumenten aus dem Archiv des Berliner Auswärtigen Amtes¹. Dr. Zeman, ein Historiker tschechischer Abkunft, hat eine große Auswahl der einschlägigen Aufzeichnungen, Telegramme usw. aus den von den Alliierten erbeuteten deutschen diplomatischen Dokumenten hier in englischer Übersetzung veröffentlicht² und kurze verbindende Kommentare beigelegt. Die deutschen Originale dieser und anderer einschlägiger, aber in den Band nicht aufgenommener Dokumente können von Interessenten im Londoner *Public Record Office* studiert werden. Viele der entscheidenden Tatsachen sind aber — ganz im Gegensatz zu den sonstigen Gewohnheiten der deutschen Diplomatie — überhaupt nicht schriftlich festgehalten; man findet nur den Vermerk «mündlich erledigt».

Alexander Helphand-Parvus

Der erste Versuch der kaiserlichen Diplomatie, in Rußland eine Revolution gegen das zaristische Regime hervorzurufen und damit Rußland aus dem Krieg auszuschalten, datiert vom Beginn des Jahres 1915. Damals nahm sie Verbindung mit Dr. Alexander Helphand (Pseudonym: Parvus) auf, einer interessanten, aber immer noch rätselhaften Persönlichkeit. Helphand

¹ «*Germany and the Revolution in Russia, 1915—1918.*» Edited by Z. A. B. Zeman, London 1958. Oxford University Press. Preis Shilling 25.

² An der an sich ausgezeichneten Übersetzung wäre die Wendung «Workers' Community» für die sozialdemokratische «Arbeitsgemeinschaft» (Kautsky, Mehring und Haase) zu beanstanden.

war ursprünglich ein russischer Sozialist, der als Flüchtling vor dem zaristischen Regime in der Türkei und in Deutschland lebte und bei Kriegsbeginn Deutschland seine Dienste anbot. In den deutschen diplomatischen Dokumenten wird er natürlich vor allem als ein bezahlter deutscher Agent dargestellt, dessen ungewöhnliche Kenntnisse der inneren russischen Verhältnisse und dessen Verbindungen man sich nutzbar machen wollte. Dieser Gesichtspunkt wurde insbesondere von einem der fähigsten deutschen Diplomaten, dem Grafen *Brockdorff-Rantzau*, immer wieder unterstrichen, der damals Gesandter in Kopenhagen war, wo sich Helphand später niederließ. Aber Helphand scheint keineswegs nur oder überhaupt auf materielle Vorteile ausgegangen zu sein, sondern die Beziehung zum deutschen Auswärtigen Amt eher als Instrument seiner eigenen kühnen politischen Konzeption betrachtet zu haben, die auf einen Sturz des Zarismus und auf eine Demokratisierung Deutschlands hinauslief. Schon in seiner ersten Unterredung mit dem deutschen Gesandten in Konstantinopel machte er als Preis für seine Versuche, Bolschewiken und Menschewiken auf eine Plattform für den Kampf gegen den Zarismus zusammenzubringen, eine bindende Zusage von sozialpolitischen Reformen und Konzessionen an die deutschen Arbeiter namhaft. Im März 1915 hatte Helphand eine ausführliche (jetzt zum erstenmal veröffentlichte) Denkschrift vorgelegt, die einen Plan für einen politischen Massenstreik in Rußland enthielt, dessen Entfesselung den russischen Sozialdemokraten obliegen würde. Der «radikale Flügel der Partei» (die Bolschewiken) hätten schon begonnen, in Aktion zu treten; nun müsse man noch die Menschewiken dafür gewinnen. Natürlich gebrauchte Helphand Argumente, die der Psychologie der deutschen Diplomatie entgegenkamen, aber es ist schwer zu sagen, wer in diesem abenteuerlichen Spiel wessen Werkzeug war. Nach und nach wurden nicht weniger als 5 Millionen Mark für «revolutionäre Propaganda in Rußland» bereitgestellt. Es ist nicht klar, wieviel davon durch Helphands Hände ging – die Dokumentensammlung nennt zumindest zwei weitere Kanäle, einen Esten namens Kesküla (Deckname Stein) und einen Sozialrevolutionär namens Zivin – und was für eine Verwendung das Geld fand, das nach Helphands Angaben nach Rußland zu schmuggeln gelungen war. Die – durch Dokumente aus einer späteren Zeit erhärtete – Vermutung spricht dafür, daß zumindest ein erklecklicher Teil den Bolschewiken zufließt. Ein Plan Helphands, das Vertrauen in den Rubel durch deutsche monetäre Manipulationen zu untergraben, wurde von Finanzminister *Helfferrich* als zu phantastisch abgelehnt. Nach Ausbruch der Russischen Revolution zog sich Helphand aus dem ganzen Handel zurück oder wurde von den deutschen Stellen fallengelassen. Vielleicht geschah es deshalb, weil die Bolschewiken, auf die man in Berlin setzte, gegen ihn Mißtrauen bekundeten – wie gegen jeden anderen Russen, der nicht zu ihnen gehörte. Es ist aber auch möglich, daß er die Verfolgung seiner Pläne auf-

gab, weil zwar seine Wünsche in bezug auf Rußland, nicht aber die in bezug auf Deutschland in Erfüllung gegangen waren³.

Lenins Rückkehr nach Rußland

Ein einst viel erörtertes Problem, das mit der Frage der Finanzierung der Bolschewisten nur indirekt zu tun hat, erhält durch den vorliegenden Band eine Aufklärung: die von der deutschen Regierung unter den ungewöhnlichsten Umständen ermöglichte Rückkehr Lenins und anderer führender Bolschewiken aus der Schweiz nach Rußland. Lenins Schweizer Vertrauensmann *Fritz Platten*, der den Transport organisiert hatte, hat darüber in einer 1924 erschienenen kommunistischen Propagandabroschüre⁴ Auskunft gegeben. Seine Schilderung des tatsächlichen Verlaufs der Begebnisse wird jetzt im allgemeinen bestätigt, abgesehen davon, was er über die Rolle *Robert Grimms* gesagt hatte. Platten behauptete, daß er selbst mit der Deutschen Gesandtschaft in Bern nur technische Details des Transports besprochen habe, während alles andere vorher von Grimm abgemacht worden sei. Ersteres stimmt, letzteres nicht. Grimm hatte, wie aus den jetzt veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, überhaupt keine Verbindung mit dem deutschen Gesandten Romberg und hat mit ihm nie verhandelt. Er hat bloß mit dem damaligen Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Hoffmann, über den Wunsch der in der Schweiz ansässigen sozialistischen Emigranten verhandelt, nach Rußland zurückkehren zu können. Das war nur über Deutschland möglich. Lenin, der fürchtete, Grimm würde darauf dringen, daß diese Möglichkeit Emigranten aller Richtungen eröffnet wird, sorgte dafür, daß Robert Grimm aus den Verhandlungen ausgeschaltet wurde. Mit Lenin sind dann tatsächlich nur 31 weitere Bolschewiken gefahren. Die endgültigen Abmachungen mit dem Gesandten Romberg wurden von Platten allein getroffen, und ihr Text zeigt deutlich, daß Berlin um jeden Preis die Bolschewiken in Rußland haben wollte, um der demokratischen Regierung Kerensky Schwierigkeiten zu machen, die den Krieg nicht ohne weiteres abzubrechen bereit war. Absatz 1 der Abmachung vom 4. April 1917 lautete:

«Ich, Fritz Platten, führe unter völliger Verantwortung und jederzeitiger persönlicher Haftbarkeit den Wagen mit politischen Emigranten und Legalen, die nach Rußland reisen wollen, durch Deutschland.»

Die beiden versiegelten Eisenbahnwaggonen sollten auf der Fahrt durch

³ Der deutsche Sozialdemokrat *Konrad Haenisch* hat in einem Nachruf für Helphand-Parvus dessen Integrität betont (*Konrad Haenisch*, «Parvus. Ein Blatt der Erinnerung», Berlin 1925).

⁴ Fritz Platten, «Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen», Berlin 1924.

Deutschland Exterritorialität genießen. Weder bei der Einreise nach Deutschland (von Schaffhausen) noch bei der Ausreise durfte eine Kontrolle von Personen oder Ausweisen vorgenommen werden. Wilhelm II. hatte zwar die großartige Idee, den durchreisenden Russen deutsche Propagandaliteratur in die Hand zu geben, aber man war gescheit genug, das zu unterlassen und sich strikte an die für einen souveränen und noch dazu kriegführenden Staat ungewöhnlichen Bedingungen zu halten, die man sich von Platten in Lenins Namen aufdiktieren ließ. Am 9. April 1917 verließ Lenin Zürich. (Die merkwürdige Formel «Politische Emigranten und Legale» statt «Russische Emigranten» war gewählt worden, weil *Karl Radek* mitfuhr, der österreichischer Staatsbürger war.) Niemals zuvor dürfte es einen Transport unter solchen Bedingungen gegeben haben – in Berlin hatte man eben die ganze Hoffnung auf Lenin und seine Anhänger gesetzt, die damals eine kleine Fraktion im russischen Parteileben darstellten.

Später ist Robert Grimm nach Rußland gefahren, um auch anderen russischen Emigranten außer den geeichten Bolschewiken die Rückkehrmöglichkeit zu verschaffen. Es ist wert, festzuhalten, daß Grimm auch diesmal keine Verbindung mit den deutschen Stellen aufnahm, sondern sich nur an Bundesrat Hoffmann wendete, der den Wunsch an den Gesandten Romberg weitergab. In Rombergs jetzt zum erstenmal veröffentlichten Berichten über diese Angelegenheit drückte sich dieser wesentlich anders aus als im Zusammenhang mit Lenin. In den Bolschewiken hatte er, mit Recht oder Unrecht, Werkzeuge der deutschen Politik gesehen. Über Grimm sagte er, daß es eine bedeutende Persönlichkeit sei, die man nicht vor den Kopf stoßen sollte; durch seine internationalen Verbindungen könne Grimm den Deutschen wesentlichen Schaden zufügen. Man solle nicht von vornherein Zusammenarbeit «selbst mit einem Mann wie Grimm, was immer seine Motive oder Gedanken sein mögen», ablehnen – man hat ihn, zum Unterschied von Lenin, also in jedem Augenblick als Gegner betrachtet.

Kühlmanns Aufzeichnungen

Dr. Katkov hat seinerzeit eine für Wilhelm II. bestimmte Aufzeichnung des Außenministers *Richard von Kühlmann* vom 3. Dezember 1917 veröffentlicht, in der es hieß:

«Erst nachdem die Bolschewiken von uns einen *ständigen Strom von Geldern* auf den verschiedensten Wegen und unter den verschiedensten Bezeichnungen erhalten hatten, waren sie in der Lage, ihr Hauptorgan, die ‚Prawda‘, aufzubauen, eine energische Propaganda zu führen und die ursprünglich enge Grundlage ihrer Partei zu erweitern.»

Dr. Zeman hat dieses eindeutig formulierte Dokument gleichfalls in seine Sammlung aufgenommen und es durch ein zweites Telegramm Kühlmanns

ergänzt. Am 29. September 1917 ließ er Ludendorff durch den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Generalhauptquartier wissen:

«Die . . . militärischen Operationen an der Ostfront sind seitens des Auswärtigen Amtes durch eine intensive Minierarbeit in Rußland sekundiert worden. Wir haben es uns in erster Linie angelegen sein lassen, die nationalistisch-separatistischen Bestrebungen tunlichst zu fördern und die revolutionären Elemente kräftig zu unterstützen . . . Unsere Arbeit hat sichtbare Ergebnisse gezeitigt. Die Partei der Bolschewiki hätte ohne unsere stetige Unterstützung nie den Umfang annehmen und sich den Einfluß erringen können, den sie heute besitzt . . .»

Finanzielle Unterstützung auch nach der Oktoberrevolution

Die deutsche finanzielle Unterstützung für die Bolschewiken hielt auch noch an, nachdem diese das demokratische Regime in Rußland gewaltsam beseitigt und sich der Regierung bemächtigt hatten. Das geht zum Beispiel aus folgendem Telegrammwechsel zwischen der Gesandtschaft in Bern und dem Auswärtigen Amt hervor (Baier ist der Deckname eines deutschen Agenten):

«Der Gesandte in Bern an das Auswärtige Amt. 26. November 1917. . . Baier muß auf ärztlichen Rat seine Abreise um eine Woche verschieben . . . Inzwischen wird die verlangte finanzielle Hilfe durch sichere Kanäle geleitet. Romberg.»

«Der Unterstaatssekretär an den Gesandten in Bern. 28. November 1917. Zufolge hier erhaltener Information hat Regierung in Petrograd mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist daher äußerst wünschenswert, daß Geld geschickt wird. Bergen. Bussche.»

Einerseits hatte man den Bolschewiken den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk aufgezwungen, andererseits suchte man ihr Regime mit allen Kräften auch noch in dem Augenblick zu halten, in dem der unmittelbare Zweck, die Ausschaltung Rußlands aus dem Krieg, erreicht war. Am 18. Mai telegraphierte Kühlmann an den ersten deutschen Gesandten in Moskau, Graf Mirbach (er wurde im Juli 1918 ermordet):

«Bitte größere Mittel aufwenden, da wir alles Interesse haben, Bolschewiki zu halten . . . Wir müssen versuchen, Konsolidierung Rußlands möglichst hintanzuhalten, und von diesem Gesichtspunkte aus weitest linksstehende Parteien fördern.»

Ein Memorandum des Auswärtigen Amtes vom 5. Juni 1918 verlangte vom Finanzministerium einen Sonderkredit von 40 Millionen Mark für die «Arbeit» in Rußland. Mirbach habe große Summen aufwenden müssen, um eine Resolution im Obersten Sowjet zu verhindern, die eine Hinneigung zur Entente bedeuten würde. Er werde monatlich für diese Zwecke drei Millionen Mark benötigen. Ob es zu diesen Überweisungen gekommen

ist und in welcher Form eigentlich das Geld verwendet wurde, geht aus der bis Juni 1918 reichenden Dokumentensammlung Dr. Zemans nicht hervor. Vieles bleibt unaufgeklärt und wird es wohl immer bleiben. Daß Lenin weder in finanzieller noch in anderer Beziehung irgendwelche Skrupel hatte, ist keine überraschende Eröffnung. Aber hier scheint doch der bisher lückenloseste Beweis für etwas erbracht, was Lenin immer mit gespielter Entrüstung in Abrede gestellt hat.

Eine abschließende Bemerkung kann der Leser dieser Dokumente nicht unterdrücken. Lenin ist 1924 gestorben. Von denen, die damals mit ihm im plombierten Wagen durch Deutschland fuhren, sind nur zwei Namen einer weiteren Öffentlichkeit bekannt: *Grigorij Sinowjew* und *Karl Radek*. Sinowjew wurde 1936 als Konterrevolutionär und bezahlter Agent der Bourgeoisie «entlarvt» und nach einem Schauprozeß mit vollstem «Geständnis» hingerichtet. Radek hatte 1937 ähnliches zu «gestehen» und wurde «nur» zu zehn Jahren Kerker verurteilt. Seither fehlt von ihm jede Spur; er dürfte irgendwo in Sibirien zugrunde gegangen sein. *Fritz Platten*, der Lenins Heimreise organisiert und die Reiseteilnehmer betreut hat, hat seinen ehrlichen Glauben an den Kommunismus mit dem Leben bezahlt, das er in Stalins «Reinigungsaktionen» der dreißiger Jahre einbüßte...

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Am 1. Februar wird darüber abgestimmt, ob auf eidgenössischem Boden das *Frauenstimmrecht* eingeführt werden soll. Über die Bedeutung dieser Vorlage berichtet in der heutigen Nummer der «Roten Revue» Mascha Oettli, weshalb wir hier nicht mehr näher darauf eintreten wollen. Unterstreichen möchten wir nur noch, daß die SPS die einzige große Landespartei ist, die das Frauenstimmrecht befürwortet. Obschon die Vorlage des bürgerlichen Bundesrates sich eindeutig dafür ausspricht, haben alle drei Bundesratsparteien vor der Abstimmung die Flucht ergriffen und ihren Bundesrat wieder einmal im Stich gelassen. Schlecht lohnte die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei das Andenken ihres verstorbenen Bundesrates Markus Feldmann, das sie eben noch mit großen Tönen gefeiert hat, indem sie dem Schöpfer der bundesrätlichen Vorlage die Gefolgschaft versagte und die Neinparole ausgab. Die Katholischkonservativen drückten sich gesamt-